

<b>Zeitschrift:</b>	The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK
<b>Herausgeber:</b>	Federation of Swiss Societies in the United Kingdom
<b>Band:</b>	- (1941)
<b>Heft:</b>	985
<b>Artikel:</b>	Die Schweiz im Kriegsjahr 1940
<b>Autor:</b>	Büchi, Hermann
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-686663">https://doi.org/10.5169/seals-686663</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

The "Fuehrer" was asked if his party was backed with foreign capital, and this brought the comment that if foreigners were backing Gfeller and Oberli the foreigners were being robbed.

Gfeller made much of being a worker himself, but his former workmates voted the following resolution :

"We, the workers of the Gurten Railway, firmly and publicly resolve to have nothing whatever to do with Gfeller and his movement and point with pride to the fact that he no longer works on the Gurten Railway."

The best laugh of the evening came when one of the audience said that Gfeller's ideas had spread over the border from Germany along with the foot-and-mouth disease which has been causing so much trouble among Swiss cattle.

The last speech of the evening was made by a teacher, Herr Althaus, who expressed the loyalty of the Swiss to their country and their abhorrence of "foreign growths." His words met with great applause.

The meeting closed with the resolution to reject Gfeller's new "Unity Party," and to adopt the motto expressed in the Swiss-German dialect :—

"Not to yield, but to be on guard; not to crawl, but to walk upright."

The vote went 700 to 5 against Gfeller. The only votes for him and his party were cast by himself and his henchmen.

#### BROADCASTS FROM SWITZERLAND.

We have received the following telegram from Berne :

"Swiss Shortwave Service Daily 12.00 to 13.45 — 19.00 to 22.30 Swiss time — Wavelength 48.66 Frequency 6165 kc. News 12.30 to 13.00, 19.00 to 19.25, 22.15 to 22.30. Comments of the day 21.50 to 22.00 Swiss time. Please advise listeners — RADIF."

It would appear that the first part of the wire refers to the Schwarzenburg sender (48.66m) and the remainder to the broadcasts from Beromünster (531m.)

#### SUBSCRIPTIONS RECEIVED.

P. C. Meister, A. F. Frikart, E. Schumacher, G. F. Adam, A. M. Pfenniger, F. C. Brunner, W. Gradmann, J. A. Seiffert, M. E. Du Bois, H. G. Kung, M. Bardet, F. Conrad, M. D. de Salis, M. L. Dupuis, J. Weber, E. Boudry, J. Heimerdinger, G. Miller, W. P. Weibel, M. Wintsch, A. Steiner, J. H. Speich, J. Senn, Dr. H. Fritsche, R. Wavre, F. Delaloye, G. Hafner, E. Brodbeck, F. Kreis, Keller & Co., W. Beckmann, O. Muller, N. H. Leuzinger, A. Isler, A. Strittmatter, H. Hafer, J. D. Bernoulli, L. Audemars, C. Gysin, J. S. Becker, Swiss Legation, L. Jobin, R. A. Strahl, G. M. Wirz, H. W. Schneider, J. Graf, A. Meier, G. Zingg, Mlle A. Flury, J. H. Ungricht, W. Lehman, G. E. Suter, John Lanz, A. Saager, A. Pluss.

#### DIE SCHWEIZ IM KRIEGSJAHR 1940.

Von Dr. HERMANN BÜCHI.

In ihrer Stimmung wie in ihrem Verhalten reflektierte die Schweiz immer sehr stark, auf die internationale Situation und die internationalen Ereignisse. Das hängt zusammen mit der Lage und der ausgesprochenen internationalen Verbundenheit unseres Landes in wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht. Ist das schon in gewöhnlichen Zeiten der Fall, so ist die Schweiz im Kriegsjahr 1940 geradezu ein klassisches Beispiel für diesen Zusammenhang so sehr, dass das schweizerische Geschehen bis in die Einzelheiten ohne Kenntnis der allgemeinen Vorgänge völlig unverständlich bliebe.

Ganz besonders gilt das für die grosse Cäsur, welche sich für die schweizerische Entwicklung ungefähr um die Mitte des Jahres ergab und welche das Jahr 1940 in zwei, in ihrem Geist recht verschiedene Hälften teilte. Bekanntlich hatten sich Viele den neuen Krieg militärisch und wirtschaftlich als Fortsetzung des letzten Weltkrieges gedacht, und im Ganzen hatte sich auch das Land entsprechend eingerichtet, in der militärischen Bereitschaft, in der wirtschaftlichen Vorsorge und in der politisch, geistigen Einstellung. Die Rechnung erwies sich als richtig — bis zu dem gewaltigen Umschwung, der im Mai und Juni eintrat und mit der unbestrittenen kontinentalen Machtstellung und Vorherrschaft der Achsenmächte abschloss.

So trägt das schweizerische Geschehen in der ersten Jahreshälfte mehr den Charakter der ruhigen Steigerung der bisherigen Vorbereitungsarbeit in militärischer, wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht zu voller Bereitschaft. Angesichts der unbewegten Kampffronten, hinter dem Vorhang der militärischen Grenzsicherung und der Freilegung der Zufahrtswege vom Meer her ging unser privates und öffentliches Leben einen gegenüber der Friedenszeit nur wenig veränderten Gang. Die Rationierung von Lebensmitteln stand in den Anfängen und beschränkte sich, mit largen Quoten, auf einige wenige Nahrungs- und Gebrauchsartikel. Die Arbeitslosigkeit war unbedeutend und mehr ein Gespenst für die Zukunft. In politischer Hinsicht wurden die Zügel ziemlich locker gelassen. Man stritt sich um die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung und über die Verteilung der Steuern zur Deckung der Wehrauslagen. Auf 1. Februar und 1. Juli trat das grosse Sozialwerk des Lohnersatzes für die Dienstpflchtigen, Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende, ins Leben. Der politisch-parlamentarische Apparat spielte mit wenig Einschränkungen wie in der Vorkriegszeit. Das Bundesgesetz über den obligatorischen militärischen Vorunterricht, das legislativ das bisherige militärische Rüstungsprogramm abschliessen sollte und die neuen Finanzlasten wurden noch im normalen parlamentarischen Verfahren im April und Juni von den eidgenössischen Räten durchberaten und letzteres der Gefahr des Referendums ausgesetzt. Manchmal schien es, als ob die schweizerische Mentalität ganz auf die Erwartung eingesellt sei, es könne der Schweiz wie im letzten Krieg nichts Schweres passieren. Nur ein Ereignis dieses ersten Jahresabschnittes warf einen ernsten Schatten auf diese erstaunlich optimistische Haltung: Der Tod unseres ausgezeichneten Aussenministers, Bundesrat Mottas, am 25. Januar. Doch

noch die Wahl seines Nachfolgers, des tessinischen Staatsrates Enrico Celio, vollzog sich im üblichen Kampf des regionalen Wettbewerbs und der Frage der sozialistischen Regierungsbeteiligung.

Je weniger die Stimmung der Oeffentlichkeit auf den jähen Umschwung vorbereitet war, der infolge der Invasion Norwegens und Dänemarks und des Zusammenbruchs Belgiens, Hollands und Frankreichs im März bis Juni eintrat, umso stärker wirkte sich diese Wendung der allgemeinen Lage auch auf die Schweiz aus. Nur wenige wohl erkannten klar, dass die ganze bisherige aussenpolitische, politische und wirtschaftliche Stellung der Schweiz von Grund auf erschüttert war, aber gefühlsmässig wurde die neue Lage doch sofort und je länger je mehr als für die Schweiz sehr bedrohlich realisiert. Wohl selten in ihrer langen Geschichte sahen sich Regierung und Volk in unserem Land vor so viele grundsätzliche und entscheidende Probleme gestellt wie das im Sommer und Herbst letzten Jahres der Fall war. Am schnellsten hat sich die Schweiz auf militärischem Gebiet auf die neue Lage eingestellt. Am 10. Mai erfolgte die zweite Generalmobilmachung der schweizerischen Armee im Zeichen des deutschen Einmarsches in Belgien und Holland, nachdem bereits im April mit Weisungen über die Kriegsmobilmachung bei Ueberfall die Erfahrung aus den Ereignissen im hohen Norden (Fallschirmabspringer, Luftangriffe, Saboteure und Propaganda mit falschen Nachrichten) ausgewertet worden waren. Die Bewaffnung der Luftschatzorganisationen und die Schaffung von Ortswehren über das Land hinweg, die neue Verordnung über die Arbeitsdienstpflicht, die Verschärfung des Militärstrafgesetzes und vor allem eine völlige Umstellung des bisherigen Verteidigungsplanes auf die neue militärische Situation bedeuteten einerseits die Verwertung der Lehren des Krieges in Holland und Nordfrankreich, anderseits die Anpassung unseres Verteidigungsapparates an die neuen Verhältnisse. Durch Bombenabwürfe der kriegsführenden Parteien auf Schweizerboden und namentlich durch die Entwaffnung und Internierung von über 40,000 französischen und polnischen Militärpersönlichkeiten und Zivilflüchtlingen wurden die Schrecken des Krieges weiten Volkskreisen näher gebracht.

Wurde so auf militärischem Gebiet rasch die nötige Konsequenz aus einer Lage gezogen, die die Schweiz als Insel innerhalb des Machtbereiches der Achsenmächte sah, so kam dann infolge der Gegenblockade Deutschlands gegen das weiter kämpfende England der Schweiz rasch die veränderte aussenwirtschaftliche Lage zu Bewusstsein. Eingepresst zwischen Blockade und Gegenblockade drohte und droht ihr nicht bloss der Export nach allen ausseneuropäischen Gebieten verloren zu gehen, sondern noch fast dringlicher stellte sich die Gefahr des Rohstoff- und Lebensmittelmangels und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit. Die Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass trotz freundnachbarlichem Entgegenkommen Italiens im zweiten halben Jahr fast kein Schiff mehr für die Schweiz gelöscht werden konnte und das Transportproblem auch auf dem Landwege bis zu Ende des Jahres ungelöst geblieben ist. Wenn trotzdem bis heute unserem Land die gefürchtete Arbeitslosigkeit fernblieb, so ist die Ursache, dass die Schweiz noch von den vorsorglich angehäuften Vorräten zehren konnte und weiter sich bereits eine gewisse Umstellung auf das kontinentale Absatzgebiet durchgesetzt hat. Doch ist dieser Zustand äusserst prekär,

und es begreifen sich daraus die umfassendsten Vorbereitungen, um durch staatliche Arbeitsbeschaffung einer durch Rohstoffmangel oder Absatzstockung bedingten Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Vollständig gewandelt hat sich rasch auch der innerwirtschaftliche Aspekt. Erst im zweiten Halbjahr, als Folge der Blockadepolitik, hat das Schweizervolk wirklich die Kriegswirtschaft kennen gelernt: Durch eine immer weitergreifende Rationierung der wichtigen Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel, die leider erst nach einer Hamster- und Runepisode energetisch durchgeführt wurde, durch eine Altstoff-, Altmaterial- und Ersatzwirtschaft, bei denen die Schonung und Erneuerung unserer Vorräte alle finanziellen und wirtschaftlichen Bedenken in den Hintergrund drängt, und durch eingreifende Massnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion. Das Charakteristikum der neuen Lage ist unzweifelhaft das Kartensystem, das, speziell auch auf dem Gebiete der Textilien, im sozialen Interesse für die gleichmässige Verteilung der Vorräte sorgt. Am schwersten getroffen wurde durch den aussenwirtschaftlichen Umschwung die Wirtschaft der flüssigen Kraftstoffe und das Automobilgewerbe; dann kam er den weitesten Volkskreisen vor allem durch die knappe Rationierung des Brennmaterials zu vollem Bewusstsein. Und dabei war auch diese bescheidene Versorgung mit Brennstoff nur dadurch möglich, dass Deutschland sich in einem neuen Abkommen befand, der Schweiz ein gewisses Quantum Kohle zu liefern.

Aber auch sonst haben sich schon im vergangenen Halbjahr eine Reihe von Umstellungen durchgesetzt, die der zweiten Jahreshälfte einen stark veränderten Charakter gaben. Die bekannte Radiorede von Bundespräsident Pilet vom 25. Juni gab gewissermassen dazu das Signal. Die schweizerische Presse ist teils aus eigener Einsicht teils auf Weisung des Pressestabes der Armee in der Kommentierung der internationalen Ereignisse ausserordentlich zurückhaltend geworden. Die Kontrolle der politischen Versammlungen wurde angeordnet, und in mehreren Verordnungen sind Agitation und Propaganda und schliesslich die Weiterexistenz revolutionärer Organisationen und Gruppen, der Kommunisten und der frontistisch-nationalsozialistischen "Nationalen Bewegung der Schweiz" verboten worden — letztere nach einer aufsehenerregenden Audienz beim Bundespräsidenten. Die Kriegsfinanzierung wurde nun einfach durch Vollmachtenbeschluss des Bundesrates in Kraft erklärt, während das Parlament sich immer mehr auf die Funktion eines reinen Kontrollorgans zurückzog und das parlamentarisch-politische Leben stark an Interesse verlor. Kein Wunder, dass bei diesem Anwachsen der Bedeutung der Regierung der Wechsel im Volkswirtschaftsdepartement — Bundesrat Obrecht wurde durch Bundesrat Stampfli ersetzt — und namentlich der Rücktritt des Wehrministers Minger und des Chefs des Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat Baumann, eine ungewohnt starke Anteilnahme der Oeffentlichkeit zur Folge hatten. Der Ruf nach den besten Köpfen entsprang nicht zum wenigsten der Einsicht in die schwierige und ernste Lage unseres Landes. Wenn sich auch nach der Wahl der Regierungsräte von Steiger und Dr. Kobelt in die oberste Landesbehörde die Aufregung rasch wieder legte, so sind in der Vorbereitung der letzten Bundesratswahlen doch gewisse Unvollkommenheiten des Parteilebens

und der Parteipolitik offenbar geworden, und die Verwerfung des Bundesgesetzes über den obligatorischen militärischen Vorunterricht in der Volksabstimmung vom 1. Dezember, nachdem diese Vorlage von den obersten Behörden und den Parteien gutgeheissen und befürwortet worden war, zeigt, dass gewisse Unstimmigkeiten zwischen dem Volk und seinen Vertretern und den Behörden vorhanden sind, die Beachtung erfordern.

Ganz zweifellos hat die Schweiz, Bevölkerung und Behörden, der veränderten internationalen Lage auf vielen, namentlich aber auf wirtschaftlichem Gebiet, bereits Rechnung getragen. Auf einem Gebiet hat unser Land die Anpassung an den momentanen Stand der Dinge indirekt, aber deutlich abgelehnt: auf dem politischen. Die Schweiz will bei ihrer demokratischen und freiheitlichen Staatsform und bei der entsprechenden privaten Lebensform bleiben, soweit ihr Wille in Betracht kommt. Eine Ausrichtung auf das autoritäre und totalitäre Staats- und Lebensprinzip kann nur gegen den Volkswillen durchgeführt werden. Der Entscheid ist von grösster Bedeutung. Dass er das Risiko in sich trägt, mit den Waffen verteidigt werden zu müssen, gibt ihm seine besondere Grösse. Auf jeden Fall aber ist unsere Lage zu Ende des Jahres 1940 viel schwieriger und namentlich auch undurchsichtiger als am Anfang, und es wird der Anstrengung aller Kräfte bedürfen, um einigermassen durch diesen Engpass des Krieges hindurchzukommen. Und wie bisher dürfte der weitere Gang des Krieges auch für die Schweiz von massgebender Bedeutung sein.

### **NEW SWISS STAMPS.**

Switzerland has issued some new stamps to complete the present series — nine in all from 50cts. to 2frs. — depicting a number of personages connected with Swiss serving in foreign armies. Whilst the present stamps in use range from 3cts. to 40cts. and show Swiss landscapes, the new issue continues up to 2frs. Here is a short description of the different values:—

50cts. The Pact on the Rütli (James Vibert); 60cts. William Tell (Ferdinand Hodler); 70cts. Fighting Marignano Warrior (Ferdinand Hodler); 80cts. Fallen Marignano Warrior (Ferdinand Hodler); 90cts. Standard Bearer (Nicholas Manuel Deutsch); 1.—fr. Colonel Louis Pfyffer (unknown artist); 1.20frs. Jürg Jenatsch (unknown artist); 1.50frs. Lieut.-General François de Reynold (H. Rigaud); 2.00 Colonel Joachim Forrer (Felix M. Diogg).

From "The Weltwoche" we take the following remarks about the new stamps:—

"A few years ago the new stamps bearing the images of Pfyffer, Jürg Jenatsch and François de Reynold could not have been issued without meeting with criticism and opposition in a considerable part of Switzerland.

"These men are representatives of an epoch in Swiss History for which the liberalism which reigns in Switzerland since 1848 had only very little sympathy. Although the respective controversies have lost a great deal of their previous severity in the last few years, yet the official recognition of that part of Swiss history which manifests itself in Foreign Service represents a gesture of reconciliation about which every true Swiss can be but pleased."

### **L'INTERDICTION DU "MOUVEMENT NATIONAL SUISSE."**

Mardi 19 novembre, d'une manière assez inattendue, le Conseil fédéral a prononcé l'interdiction pure et simple du "Mouvement national suisse." Pour bien comprendre la portée de cette décision, il faut dire en quelques mots ce qu'était ce groupement politique et quelles étaient ses origines. A cet effet, il faut jeter un coup d'œil cinq ou six ans en arrière.

Vers 1933, de très nombreux jeunes gens se sont groupés dans des associations politiques qui ont pris le nom de "Front." Si les tendances de ces associations étaient assez diverses, elles présentaient toutes un trait commun: une partie importante de notre jeunesse, en particulier dans les milieux intellectuels, fatiguée par la politique des partis, peu attirée par une certaine stagnation du régime auquel on reprochait de manquer de dynamisme, doutaient, que nos institutions soient encore à la hauteur des circonstances et voulaient travailler ardemment à leur rénovation et à leur modification.

En toute objectivité, il faut savoir reconnaître que plus d'une suggestion utile est sortie de ce mouvement. Il y avait beaucoup d'idéalisme dans cette jeunesse qui, dans sa grande majorité, était animée du plus pur esprit patriotique et qui entendait bien servir son pays. Aussi les Fronts connurent-ils un certain succès. Ils réussirent à gagner de nombreux adhérents. Ils se mêlèrent à la bataille électorale, emportant quelques sièges dans les conseils de Zurich, de Schaffhouse et de Genève, arrivant même à déléguer l'un des leurs au Conseil national qui y siégea de 1935 à 1939. D'ailleurs, il faut constater qu'en plus d'une occasion, les partis bourgeois, c'est-à-dire les partis anti-socialistes, n'hésitèrent pas à collaborer avec ces jeunes organisations.

Cependant, au bout de quelques années, les frontistes se sont désolidarisés et démonétisés dans l'opinion publique. En effet, il fut bientôt établi que certains de leurs chefs, perdant tout sens national, n'étaient que de pâles et serviles imitateurs du fascisme et du national-socialisme. Il y avait tout lieu de croire que leur indépendance vis-à-vis de l'étranger n'était pas à l'abri de tout reproche. La désaffection vint aussi vite que le succès quelques années plus tôt. Et, quand le grand conflit européen a été déclenché, le frontisme avait pratiquement disparu.

Cependant, les chefs de ce mouvement se sont regroupés au mois de juin dernier. Cette date est tout à fait caractéristique. La France venait d'être battue. L'Allemagne dominait le continent. L'équilibre européen — sur lequel a été basée notre neutralité pendant plus d'un siècle — était rompu. On pouvait se demander ce qu'il adviendrait de nous. Alors, les chefs frontistes pensèrent le moment venu de reprendre leur action.

Pour la seconde fois, ils rencontrèrent un certain succès. Chez nous comme ailleurs, les esprits étaient passablement désemparés et l'on pouvait constater un certain désarroi dans l'opinion publique. Nous sen-